

Volkszeitung

Opłata pocztowa niszczona ryczałtem
Einzelnummer 20 Groschen.

Nr. 236. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige Illustrierte Beilage: „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 1.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Hof, Unt.
Tel. 36-90. Postkassentonto 63.508
Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprachstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3.
Privattelefon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzelle 10 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzelle 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzelle 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeigen angegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** W. Kóner, Parzejewka 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stoteczna 43; **Konstantynow:** J. W. Modrow, Druga 70; **Ogorkow:** Amalie Richter, Neustadt 505; **Sabianice:** Julius Walta, Cienkiewicza 8; **Lomashow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Żdansta-Bolsa:** Berthold Klattig, Złota 45; **Żgierz:** Edward Strang, Rynek Kilińskiego 15; **Żyrardow:** Otto Schmidt, Hielego 20.

Der Kampf zwischen Regierung und Sejm

Der Senat reduziert das Budget. — Der Schwerpunkt der Krise nach dem Sejm verlegt. — Am Donnerstag Entscheidung.

(Von unserem Korrespondenten.)

In der vorgestrigen Sitzung der Budgetkommission des Senats ist bekanntlich die Budgetvorlage für das vierte Quartal in der von der Regierung gewünschten Höhe angenommen worden. Für den vom Senator Popowski eingebrachten Antrag betreffs Reduzierung stimmten nur der Nationale Volksverband, die Monarchisten und ein Ukrainerr. Die Christliche Demokratie hatte nicht mitgemacht. Dieser Unfall der Chadecja hatte lebhaftere Kommentare in Sejmkreisen hervorgerufen. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde daher vom Sejmklub der Chadecja ein derart energischer Druck auf die Senatoren ausgeübt, daß diese sich entschlossen, der Opposition beizutreten. Aus diesem Grunde wurde der Senatsitzung mit großem Interesse entgegengesehen.

Der Senat für Budgetreduzierung.

Und es kam tatsächlich so, wie es in den Wandelgängen bereits am Vormittage vorausgesehen wurde. Der Senat handelte unter dem Einflusse und brachte eine Verbesserung ein, die die Reduzierung des Budgets um 34 Millionen Zloty vorsieht. Es wurde also der gleiche Antrag angenommen, der seinerzeit vom ehemaligen Finanzminister Jdzichowski im Sejm gestellt wurde. Durch die Annahme dieser Verbesserung ist der Schwerpunkt der Krise nach dem Sejm verlegt worden, der erneut Gelegenseit haben wird, Stellung zur Budgetvorlage zu nehmen. Daß der Sejm dadurch nicht gerade in eine beneidenswerte Lage geraten ist, das ist klar, denn nun wird er offen bekennen müssen, ob er die Machtprobe wagen will.

Bartel tritt vor den Sejm.

Wie verlautet, gedenkt Bartel am Donnerstag im Sejm ein Exposé zu halten. Wahrscheinlich wird er oder Finanzminister Klarner fordern, daß die Budgetvorlage ohne Reduzierung angenommen werde. Selbstverständlich wird diese Forderung mit der Vertrauensfrage verknüpft sein. Die Abstimmung wird klar erweisen, welche Stimmung im Sejm herrscht. Jedenfalls gilt als sicher, daß man die Mißtrauensanträge gegen die Minister des Innern und des Unterrichts erneut einbringen werde. Es verlautet sogar, daß die Chadecja sich mit der Absicht trägt, ein Mißtrauensvotum für die gesamte Regierung einzubringen.

Angesichts der ungeheuren Empörung, die im Sejm wegen der erneuten Berufung des Kabinetts Bartel im alten Bestande herrscht, ist es sehr wahrscheinlich, daß diese Anträge zur Annahme gelangen werden. Der Regierung würde dann nichts weiter übrig bleiben, als wieder zurückzutreten.

Sejmauflösung?

In der Donnerstagsitzung des Sejm gelangt erneut die Budgetvorlage zur Beratung. Für die Ablehnung der Senatsverbesserung ist eine Mehrheit von elf Zwanzigstel erforderlich. Sollte sich der Sejm für die Verbesserung aussprechen, so müßte die Frage der Sejmauflösung in Betracht gezogen werden.

Wie kann die Sejmauflösung erfolgen.

Auf Grund der Verfassungsänderung hat der Staatspräsident das Recht, auf Antrag der Regierung,

die nicht das Mißtrauen des Parlaments bezieht, den Sejm auflösen. Falls der Regierung Bartel das Mißtrauensvotum ausgesprochen werden sollte, so müßte nach ihrer Dimission eine neue Regierung berufen werden, die den Antrag auf Sejmauflösung stellen könnte.

Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß der Sejm am Donnerstag eine große Ueberraschung bringt, d. h. daß er vor dem entscheidenden Schritt zurücktritt und die Machtprobe im letzten Augenblick abläßt. An Ueberraschungen fehlt es bei uns nicht, denn auch der Beschluß des Senats, der zuwider dem Beschlusse der Budgetkommission gehandelt hat, war eine Ueberraschung.

Verlauf der Senatsitzung.

Zuerst verlas der Sekretär den Brief des Vorsitzenden des Ministerrats, worin über die Dimission des Kabinetts und über die Ernennung des neuen Kabinetts berichtet wird.

Senator Popowski erklärte, daß sein Klub auf dem Standpunkt stehe, den er im Juni d. J. eingenommen habe, und daß er gegen das Provisorium der Regierung stimmen werde, die ihre Entstehung dem Maiumsturz verdanke.

Der Klub des Nationalen Volksverbandes unterstützt die Anträge, die die Beschränkung der allgemeinen Ausgaben bis auf 450 Millionen Zloty verlangen sowie die Einschränkung der monatlichen Kredite bis zu den Summen der monatlichen Einnahmen.

Senator Tulié findet das Provisorium für zu hoch, weil er glaubt, daß die Regierung diese Summen nicht ausgeben werde, da sie nicht so viel einnehmen wird. Daher wird er, indem er das Provisorium für eine Staatsnotwendigkeit halte, für dasselbe stimmen, behält sich aber vor, daß hierdurch das Vertrauen zur Regierung nicht ausgedrückt sei.

Senator Kasznica stellt den Antrag, den vom Sejm gestrichenen Artikel 3 wieder herzustellen, und das aus dem Grunde, um den Sejm zu veranlassen, einen Standpunkt gegen die mit der Konstitution unvereinbaren Tatsachen, daß ein Kabinett mit zwei Ministern ernannt wird, denen der Sejm das Mißtrauen ausgesprochen hat, einzunehmen.

Senator Wozniéki findet, daß der Standpunkt der Regierung zu dem Mißtrauensvotum gegen zwei Minister mit der Konstitution unvereinbar sei, da ein solches Votum ein Akt ist, zu dem der Sejm ein Recht hatte. Die weitere Erledigung ist Sache der Regierung und des Sejm. Man muß hoffen, daß die Sache so enden werde, wie es das Staatswohl verlangt, d. h. daß die parlamentarischen Körperschaften von der Regierung geschätzt werden, und wenn von irgend einer Seite ihr Ansehen untergraben wird, so wird die „Wyzwolenie“ diesem entschieden entgegenzutreten. Die Drohungen, die die Regierung augenblicklich ausstößt, daß sie im Falle der Verweigerung des Vertrauensvotums den Sejm auflösen werde, sind für das Parlament erniedrigend. Die Regierung darf nachher ihre Konsequenzen ziehen, darf aber nicht von vornherein drohen.

Die Senatoren Kurpowski und Banaszek erklärten, daß sie für das Budgetprovisorium nicht stimmen werden.

Die „nichtgewollte Dimission“

Wie Ministerpräsident Bartel selbst sagte, wurde er durch die Annahme der Mißtrauensanträge für die beiden Minister überrascht, so daß der ganze Ministerrat ohne lange zu überlegen, die Rücktrittserkunde unterzeichnete. Nach Ueberprüfung der Sachlage kam jedoch der Ministerrat zu dem Ent-

scheidungsbeschlusse, auf das Mißtrauensvotum des Sejm nicht zu reagieren und das bereits unterzeichnete Rücktrittsgesuch zu vernichten. Es stellte sich jedoch heraus, daß einer der Beamten des Ministerpräsidiums es eilig gehabt hatte, das Rücktrittsgesuch einem Journalisten zu zeigen, so daß dem Kabinett nichts weiter übrig blieb, als in den sauren Apfel zu beißen. Da die Ueberdöpelung der Regierung sich nicht mehr verheimlichen ließ, so mußte Bartel eine gute Miene zum bösen Spiel machen und den Staatspräsidenten um die Dimission des Gesamtkabinetts ersuchen.

So entstehen bei uns Regierungskrisen...

Das Reinemachen in der Armee.

Drei Generale in den Ruhestand versetzt.

Marshall Pilsudski handelt nach der Devise: Wer nicht für mich, der ist gegen mich. Auf diese Weise erklärt sich das ganze Reinemachen. Erst vorgestern wiederum hat Kriegeminister Pilsudski drei Dekrete unterzeichnet, auf Grund welcher die Divisionsgenerale Mieczyslaw Kulinski, Camesjana-Salius und Brigadengeneral Stanislaw Siarkiewicz in den Ruhestand versetzt werden. Gleichzeitig erfolgte die Berufung des Brigadengenerals Keszler zum Leiter der Kriegsschule.

Wie die Schließung der polnischen Schulen aussieht.

Zu den Angriffen der Chadecja auf Minister Sujkowski.

Das Argument, welches die Chadecja zu dem Mißtrauensvotum für Kultusminister Sujkowski anführte, war, daß er polnische Schulen in den Ostgebieten schlicke.

Zu diesen Vorwürfen hat Sujkowski bis jetzt nicht Stellung genommen. Vorgestern empfing er eine Abordnung der polnischen Lehrerschaft und erst dabei stellte es sich heraus, worin Sujkowski Politik bestand.

Sujkowski hat nach Schluß des Schuljahres 1925/26 eine Verordnung für die Schulkuratoren erlassen, wonach alle Schulen, die nicht volle sieben Abteilungen besitzen, zusammengelegt werden sollen. Diese Verordnung sollte in erster Linie die Schulen der nationalen Minderheiten betreffen. So fein auch die Sache gedeckelt war, so stellte es sich bald heraus, daß es auch polnische Schulen gibt, die nicht über die genügende Anzahl von Schülern verfügen. Die Schulkuratoren, als treue Untergebene des Ministers hielten sich an diese Verordnung, was zur Folge hatte, daß in den östlichen Grenzgebieten polnische Schulen nicht nur nicht zusammengelegt, sondern vollständig liquidiert werden mußten. Darob erhob sich im polnischen nationalen Lager großes Geschrei. Wie konnte aber auch der Minister Schulen schließen, die von seinen Vorgängern zwecks Polonisierung der Grenzgebiete gegründet wurden! Selbstverständlich sind dieser Verordnung auch zahlreiche Minderheitenschulen zum Opfer gefallen. In Lodz selbst beispielsweise drei.

Die polnisch-nationalen Parteien mit der Chadecja an der Spitze fordern nun von Minister Sujkowski die Rückgängigmachung der Verordnung. Mit anderen Worten: es dürfen nur Minderheitenschulen geschlossen werden und die bereits „irrtümlicherweise“ geschlossenen oder zusammengelegten polnischen Schulen sind wieder zu eröffnen.

Da Minister Sujkowski konsequent bleiben wollte, so wurde von der Chadecja das Mißtrauensvotum gestellt.

Bemerkenswert ist, daß das Mißtrauensvotum den Minister eingeschüchtert hat, denn der polnische Lehrerschaft gegenüber erklärte er in der oben erwähnten Unterredung, alles zu tun, um die Wünsche der Lehrerschaft zu berücksichtigen.

Ein Protest.

Die Lemberger Universität gegen Abg. Szypers.

Der Rat der medizinischen Fakultät der Lemberger Universität hat in seiner Sitzung am 25. d. M. beschlossen, an den Sejmarschall Rataj ein Telegramm abzuschicken, in dem gefordert wird, daß der Abgeordnete Szypers den von ihm im Sejm vorgebrachten Vorwurf, daß für die Aufnahmen in die medizinische Fakultät der Lemberger Universität Geld gezahlt worden wäre, in drei Tagen durch Tatsachen beweisen solle. Außerdem werde gegen den Abgeordneten der Gerichtsweg eingeschlagen werden. Ein ähnliches Telegramm ist auch an den Kultusminister abgegangen, worin um Schutz der medizinischen Fakultät gegen die ungerechtfertigten Vorwürfe des Abg. Szypers gebeten wird.

Wo bleibt die Freiheit?

Wer sind die 6000 politischen Gefangenen, die schon jahrelang hinter Kerkermauern schmachten, ja nicht einmal verurteilt und nur so hineingesteckt wurden, um nach Jahren, wenn es der hohen Gerichtsobrigkeit endlich einfällt, doch zu weiteren Jahren verurteilt zu werden.

Denn ein Hohn ist es zu hören, daß die Zeit vor der Aburteilung nicht in die Strafe eingerechnet wird.

Diese Häftlinge, die sehnsüchtig auf die Freiheit warten, sind die Sturmtruppen des Proletariats, die frei und offen es gewagt haben, für die Menschenrechte des unterdrückten Proletariats einzutreten! Unter ihnen sind Männer, Väter, die den Frauen und Kindern entzogen wurden, unter ihnen sind Jünglinge, die im Feuer der Jugend zu scharfen Worten, vielleicht Taten sich hinreißen ließen, unter ihnen sind Frauen, Mädchen, die das Elend des eigenen Geschlechtes endlich aufrührte, entflammte, um die ganze Erbärmlichkeit, die in der Ausbeutung, Knechtschaft liegt, in welcher das Weib, das Proletarierweib sich befindet, der Bourgeoisie ins Gesicht zu schleudern! Hören wir, welches die Sünden solcher Gefangener sind und lesen wir einen Auszug eines Briefes, den Gefangene des Kattowitzer Gefängnisses an die Arbeiterchaft richteten: „Wir sind Gefangene der Bourgeoisie. Wir sitzen hinter den Gittern dafür, weil wir gegen Ausbeutung und Bedrückung kämpften. Wir konnten nicht länger auf das Elend des Proletariats schauen, den Hunger des kleinen Kindes länger ansehen, das Unrecht miterdulden, das täglich dem Menschen der Arbeit zugefügt wird.“

Wir wollten, daß jeder Arbeit und Verdienst erhält, damit niemand in der Fremde Arbeit suchen braucht, damit kein Arbeiter mehr gezwungen wird, seine Knochen in der marokkanischen Wüste zu lassen. Wir organisierten die Massen, suchten die Arbeitslosen in Komitees zu sammeln, agitierten für starke Klassenbewußte Gewerkschaften. Wie verlangten, daß die Bourgeoisie die schuldigen 740 Millionen Vermögenssteuer zahlt, daß die Aufsicht und Kontrolle über die Gruben diejenigen ausüben, die darin tatsächlich arbeiten. Wir protestierten gegen alle Gewalt und Terror.“

Das sind die Verbrechen derjenigen, die hinter den Gittern sitzen. Warum hat die Amnestiebewegung gerade jetzt eine derart große Wucht und Kraft gewonnen? Weil im Mai „moralische“ Männer eine „moralische Revolution“ machten, die nicht mit Waffen des Geistes, sondern mit Kanonen, Bomben, Maschinengewehren durchgeführt wurde, und Hunderte von Toten, Tausende von Verwundeten kostete. Und wo bleibt der Materialschaden? Diese „revolutionären“ Männer, die nach dem Urteil der Endeten, alle möglichen Todesarten verdienten (siehe die Rechtsblätter aus den Mattagen), waren die Berufssten, um sofort nach der „Legalisierung“ der Maigeschichte, die Amnestie aller politischen Gefangenen zu veranlassen, derjenigen 6000 Gefangenen, die mit armseligen Aufrufen, Reden, das Schicksal tausender Arbeitsmenschen besser gestalten wollten. Die Tätigkeit dieser Menschen hat keine

ZARZĄD TELEFONÓW ŁÓDZKICH

podaje do wiadomości, że prace przy rozbudowie miejskiej sieci, jak i stacji telefonicznej są na ukończeniu, przyjmowanie zatem nowozgłaszających się abonentów na telefony w granicach miasta odbywa się obecnie bez żadnych ograniczeń i zastrzeżeń.

Ponieważ w kilku wypadkach zauważono, że pewne osoby ofiarowują swoje usługi, jako płatni pośrednicy przy zakładaniu nowych aparatów głównych lub dodatkowych, prze-

noszeniach aparatów w razie zmiany lokalu i t. p. Zarząd Telefonów zaznacza, że pośrednictwo tych osób jest zbyteczne, gdyż wszelkie zamówienia na instalacje telefoniczne należy osobiście lub przez osoby upoważnione zgłaszać wprost do Biura Zarządu Telefonów, Przejazd Nr. 38. Zamówienia te, po wniesieniu należnych opłat taryfowych, będą załatwiane według kolejności.

17

Toten gelostet, keine von Bomben zerstörten Häuser...

Aber die Bourgeoisie kennt ein zweierlei Maß! Eine zwiefache Gerechtigkeit, eine doppelzüngige Demokratie, eine heuchlerische Menschenliebe! Als Beweis diene: In der Sejmdebatte über die Vollmachten sagte der Premier Bartel: „Bergehen, die zum überwiegenden Teil politische, nationale, oder religiöse Motive zur Ursache haben, und vor dem 1. April 1923 vollbracht wurden, will die Regierung auf dem Amnestiewege liquidieren, jedoch nur individuell und mit Befürwortung des Staatsanwaltes.“ Welch ein Hohn! Fast ein Aprilscherz zu nennen, mit Rücksicht auf den Stichtag, den 1. April, noch dazu 3 Jahre zurück, weil 1923!

Und ein derartiges Projekt plant eine Regierung... der „moralischen Wiedergeburt Polens“, die mittels Gewalt Herrin im Lande geworden ist.

Die Bourgeoisie kann mit diesen Maimännern vollauf zufrieden sein und sie ist es auch.

Das Proletariat aber ist nicht zufrieden. Es will keine Gnadenakte, die von irgendeinem Staatsanwalt abhängen. Es will sein Recht, das Menschenrecht!

Nur der unermüdlige Kampf wird dem Proletariat die Befreiung bringen.

Die politischen Gefangenen, die nur mit Schrift und Wort kämpften, sind mit demselben Recht zu richten, wie diejenigen „Revolutionshelden“, die das Privileg haben, mit Maschinengewehren und Bomben Revolutionen zu machen, noch dazu „moralischen Einschlags“ und infolge der „Legalisierung“ als Helden gefeiert werden.

Das Proletariat sei einig! Kein Bruderkampf schwäche die Reihen! Alle sollen wir nur ein Ziel kennen: Die Freiheit! Die Freiheit den politischen Gefangenen, die Freiheit uns und unseren Kindern! Amen.

Keine Goldvaluta in Deutschland.

(A.E.) Der Vorsitzende der deutschen Reichsbank Schach stellte kategorisch die Gerüchte in Abrede, daß in Deutschland die Goldvaluta eingeführt werden soll. Deutschland will genau wie andere Länder nur für ausländische Transaktionen Gold verwenden.

Deutschland und Frankreich.

Bildung eines westeuropäischen Industrieblocks?

Jules Sauerwein veröffentlicht im „Telegraaf“ über die deutsch-französischen Verhandlungen neue Mitteilungen, worin es unter anderem heißt: „Wir stehen nicht nur vor dem Abschluß des internationalen Stahlpaktes, sondern auch vor neuen Verhandlungen über ein Steinkohlen- und Erzkartell. Demnächst dürfte auch eine Vereinbarung wegen der chemischen Industrien der beiden Staaten zustandekommen. Das Endziel der Verhandlungen ist natürlich ein viel größeres. Sind einmal die wirtschaftlichen Vereinbarungen erreicht worden, so sind die Voraussetzungen für die Bildung eines westeuropäischen Industrieblocks gegeben, mit dem deutsch-französischer politische und militärische Abmachungen verbunden sein können, das heißt die Bildung einer kontinentalen europäischen Macht, die ein wichtiges Element in der Weltpolitik bedeuten würde. Diese Politik soll keinen neuen Imperialismus schaffen, sondern in Europa ein politisches und industrielles Kartell ins Leben rufen, das den Frieden und die Wohlfahrt des Kontinents verbürgt.“

Stresemann über die Verständigung.

Der deutsche Außenminister Stresemann hat dem gegenwärtig in Berlin weilenden Sonderkorrespondenten Sauerwein ein Interview gewährt, das im „Matin“ wiedergegeben ist. Die Unterhaltung des Ministers beschäftigte sich mit den Schwierigkeiten, die sich einer deutsch-französischen Annäherung entgegenstellen. Stresemann fragte, was die öffentliche Meinung Frankreichs von der Annäherung der beiden Länder denke. Der Berichterstatter des „Matin“ schilderte die Hindernisse, auf die nach seiner Ansicht die militärischen Sachverständigen und die Finanzexperten noch stoßen könnten. Stresemann war einen Augenblick lang nachdenklich. Dann erklärte er: „Das wundern mich nicht, es wird gewiß Schwierigkeiten geben, aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Etwas ist sicher, und davon müssen alle Verhandlungen ausgehen: Briand und ich sind über die Möglichkeit eines großen Annäherungswerkes zu einem ehelichen Einverständnis gekommen. Ich glaube, daß wir beide keine schlechten Patrioten sind. Als wir über die Zukunft Europas nachdachten, erschien sie uns dunkel, wenn Deutschland und Frankreich Feinde blieben. Sie würde aber hell und glücklich, wenn sich die beiden Völker verständigen. Denn wir haben nicht bloß an uns allein gedacht, sondern auch an die anderen Nationen Europas, denen unsere Zusammenarbeit die Wohltat eines unerschütterlichen Friedens bringen kann. Die Wiederannäherung wird besonders wirksam sein, wenn sie mit der Beihilfe der Mächte zustande kommt, die wie wie England, Belgien, Italien an dem Rheinlandpakt beteiligt sind, den wir in Locarno unterzeichnet haben.“

Die nächste Völkerbundratsitzung in Genf.

(A.E.) Die 43. Sitzung des Völkerbundesrates ist für den 6. Dezember in Genf angesetzt worden. Am 1. Dezember versammelt sich eine Kommission zur Prüfung des polnisch-französisch-finnländischen Antrags, wobei der belgische Delegierte Dr. Broucker ein Referat über den 16. Artikel des Völkerbundesabkommens halten wird. Demnach trifft die Nachricht von der Einberufung des Rates nach Berlin nicht zu.

Der Bergwerksstreit.

Im Unterhause wurden gestern weiterhin Diskussionen in der Angelegenheit der Kohlenindustrie geführt. Es handelte sich um die Vorschläge der Regierung, über die vorgelegten Churchill im Unterhause berichtete. Der Hauptpunkt ist der Vorschlag, ein Appellationstribunal einzuberufen, das eine Schiedsinstitution in allen streitigen Fragen sein soll, die durch die provisorischen Verständigungen in den Bezirken entstanden sind, sowie in der Frage der Länge des Arbeitstages.

Litauisch-ŝowjetrussische Verhandlungen.

Der litauische Außenminister Sledzewicjus ist in Begleitung des Departementsdirektors Prucynskis und des ŝowjetrussischen Gesandten in Rowno, Alexandrowski, nach Mostau abgereist, wo er drei Tage lang weilen wird. Auf dem Rückwege wird er in Riga absteigen. Das ŝowjetrussisch-litauische Abkommen erinnert an das Berliner Abkommen. Der Vertrag soll keinerlei Klauseln betr. Meinel enthalten, dafür aber Vorbehalte in der Wilnafrage.

Ausnahmezustand in Persien.

(A.E.) Laut Nachrichten sind dort in den letzten Tagen Massenverhaftungen unter den Gendarmerieoffizieren, in der Polizei wie auch unter der Zivilbevölkerung vorgenommen worden. Die Verhaftungen stehen im Zusammenhange mit der Aufdeckung einer neuen Verschwörung gegen den Schah. Im Lande ist der Ausnahmezustand erklärt worden.

Die nationalen Minderheiten in Polen.

Die „amtliche“ Volkszählung vom Jahre 1921 ist bereits in Druck erschienen. Sie umfaßt nicht Oberschlesien mit einer Einwohnerzahl von mindestens 1 Million Köpfen, woselbst die deutsche Minderheit mit 30 Prozent geschätzt wird. Bekanntlich wurde die Volkszählung in Oberschlesien, die am 1. Januar 1926 stattfinden sollte, in der letzten Minute verschoben, da, wie sich herausstellte, in einzelnen Gemeinden deutsche Minderheitsschullehrer als Volkszähler bestellt wurden. Ferner umfaßt die Zählung nicht die Einwohner des ehemaligen polnisch-litauischen Grenzpasses einschließlich Wilna. Die dortige Einwohnerzahl wird auf 450 000 Köpfe geschätzt, darunter 200 000 Polen, 120 000 Weißrussen, 80 000 Juden und 50 000 Litauer. Bei Berücksichtigung dieser Schätzungen zählt Polen, ausschließlich des stehenden Heeres, knapp 30 Millionen Einwohner. Von den nationalen Minderheiten läßt sich die Zahl der jüdischen Bevölkerung am leichtesten ermitteln. Zu der jüdischen Nationalität bekennen sich 2 044 630 Personen, während sich 2 761 443 Personen zum mosaischen Glauben bekennen. Unter Hinzurechnung der Statistik der ober-schlesischen und der Wilnaer Juden wird die Zahl der jüdischen Einwohner in Polen mit 3 Millionen angenommen. Davon wohnen in der Wojewodschaft Warschau einschließlich Stadt Warschau 230 000 Juden, in der Wojewodschaft Bialystok 20 000, Lodz und Kielce je 30 000.

Hinsichtlich der deutschen Einwohnerzahl in Polen erscheint uns die Statistik etwas unklar. Insgesamt haben sich 796 975 Personen als Deutsche in Polen eingetragen, davon leben in der Wojewodschaft Posen 300 000, in Pommerellen 200 000, in der Stadt Lodz 100 000, in Warschau 50 000, in Wolhynien 25 000 usw. Zum evangelischen Glauben bekennen sich 927 975 Personen. Die Zahl der Deutschen in Polen, einschließlich Oberschlesien wird mit 1 Million Seelen angenommen. Tschechen gibt es in Polen 30 598 Personen, davon in Wolhynien 25 000. Zu der russischen Nationalität bekennen sich 36 524 Personen, davon leben in Wolhynien 9500, Bialystok 7, Podlesie 5 und Warschau 5 tausend Personen. Am schwierigsten ist es, die Kleinrussen (Ukrainer) festzustellen. Zu den Ukrainern bekennen sich 3 925 562 Personen und als Weißrussen haben sich 1 034 427 Personen eingetragen. Diese Zahlen dürfen aber nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Nach dem Glaubensbekenntnis haben sich 3 030 604 Personen als griechisch-katholische (Uniten) ausgewiesen, während sich 2 790 372 Personen zu dem russisch-orthodoxen Glauben bekennen. Von der letzten Zahl sind die Weißrussen und die Großrussen abzuziehen, während der Rest als auch die im Wilnaerpaß lebenden zu den Ukrainern (Ukrainer) sind. Die Kopfzahl der Kleinruthenen (Ukrainer) beträgt mithin 4 950 025 Personen.

Mithin leben in Polen nationale Minderheiten:

1. Ukrainer	4 950 025
2. Juden	3 000 000
3. Weißrussen	1 034 427
4. Deutsche	1 000 000
5. Litauer	50 000
6. Russen	36 524
7. Tschechen	30 598
Insgesamt	10 101 574

Personen, oder reichlich ein Drittel Einwohner des polnischen Staates.

Zu erwähnen ist, daß dies eine amtliche Statistik ist, also wenig verlässlich ist, weil man sich selbstverständlich aus patriotischen Gründen die Mühe gab, wie am meisten Angehörige fremder Nationalität als Polen zu deklarieren.

Die Angst vor dem Licht.

Vor etwa 30 Jahren war es allerdings nichts neues, wenn in manchem Krähwinkel Osteuropas das Wort Sozialist bei den frommen, „ordnungsliebenden“ Einwohnern entweder noch unbekannt war, oder daß, wenn man es kannte, damit die aller-son-

derbarsten Vorstellungen verknüpft wurden. Man sah im Sozialisten einen Ordnungstörer, einen Religionsfeind, kurz einen Menschen, den, wenn man sich an Gott wohlgefälligen Werken betätigen wollte, bespitzeln, hassen und denunzieren muß.

Inzwischen sind in vielen Gehirnen manche Lichtlein aufgeleuchtet, vor deren Strahlen sich alle diese Hirngespinnste verziehen, wie das Angezieser in einem dunklen Keller vor dem Schein einer plötzlich hineinleuchtenden Lampe. Man erkennt es schon, daß der Sozialist letzten Endes doch derjenige ist, der, wo immer es auch sei, für die Menschenrechte einsteht, daß er auch kein Religionsfeind, sondern nur ein Gegner der Vermischung von Religion mit Politik ist.

Doch das paßt nicht allen und, man sollte es kaum glauben, es gibt auch noch heute manches Krähwinkelschen.

Da kommt z. B. nach Rozwadow, einem Nestchen, wo die seelige Ruhe der Endecjabrüder bisher noch nicht gestört war, ein aus Amerika zurückgekehrter Pole, der sich freimütig zum Sozialismus bekennt. Sofort gerät das ganze Städtchen in eine Aufregung, wie ein Ameisenhaufen, in den irgendein nicht zur Ameisenfamilie gehörendes Geschöpf hineingeraten ist. Man kann es gar nicht begreifen, daß ein Sozialist in Rozwadow eine Daseinsberechtigung haben solle. Jedes Wort, das dieser Mann spricht, wird begierig aufgefangen und analysiert. Zuletzt hat man es gefunden, die Religion und der Papst sei beleidigt. Der Polizeikommandant muß nun flugs die Sache ins Gericht leiten. 5 Tage Haft! Auch das höhere Gericht in Rzeszow bestätigte das Urteil, obgleich 4 Zeugen unter Eid das Gegenteil davon aussagten, was der bestellte Denunziant behauptete. Der Verurteilte wandte sich durch einen sozialistischen Abgeordneten an den Staatspräsidenten um Begnadigung.

Inzwischen hat der Sozialist, wenn auch nicht im Städtchen selbst, so doch unter der Landbevölkerung Anhänger gefunden, die gern den Weg des Fortschritts betreten möchten. Das scheint dem Klerus und den Endecjabrüdern doch zu „gefährlich“ zu sein. So haben sie nun einen Versuch ausgeheckt, um sich des Sozialisten zu entledigen. Bei der Polizei wurde ein Gesuch eingereicht, in dem verlangt wird, zu untersuchen, wobon der Sozialist lebt, was für ein Vermögen er und die Verwandten, bei denen er wohnt, besitzen. Ein Protokoll ist bereits aufgenommen.

Wieviel Dunkelheit sich noch in manchen Gehirnen breitmacht!

Poincares Kampf gegen die Landflucht.

Staatliche Mitgift für die Französinen. — Paris als Stadt der alten Jungfrauen.

Poincare ist eben in seiner Eigenschaft als Finanzminister mit einem sehr eigenartigen Vorschlag befaßt worden. Es handelt sich darum, sämtlichen Französinen, sobald sie das Alter von 21 Jahren erreichen, einen Betrag von 10 000 Franken als Mitgift auszugeben, unter der Bedingung, daß sie das flache Land zu ihrem und der zukünftigen Familie Wohnsitz nehmen.

Das Projekt geht von der Erwägung aus, daß die Kalamität der Landflucht nur mit ganz großen Mitteln wirksam bekämpft werden kann. Es werden jedes Jahr in Frankreich rund 350 000 Mädchen geboren; ein Viertel davon stirbt in jungen Jahren, 260 000 erreichen das heiratfähige Alter. Die Hälfte lebt auf dem Lande, die Hälfte in den großen Städten. Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß rund 30 v. H. unverheiratet bleiben; gelingt es nun, diesen Prozentsatz ausschließlich auf die Städte abzuschieben, so ist die erstrebte Wiederbevölkerung des flachen Landes sozusagen mathematisch sichergestellt. Die jährlichen Ausgaben in der Höhe von 1 300 000 000 Franken erscheinen im Vergleich zur Größe des Zieles unbedeutend. Die Generalräte zweier Departements, der Unteren Seine und der Cote-d'Or, haben den Vorschlag bereits durchberaten und angenommen; man erwartet die Zustimmung weiterer Körperschaften und eine große Debatte in der Kammer.

Gegner des Projekts sind sämtliche großen Städte Frankreichs, an ihrer Spitze natürlich Paris. Denn es kann gar nicht zweifelhaft sein, daß nach der Annahme eines solchen Gesetzes die „größte Frauenstadt der Welt“ zu einem gewaltigen Altersheim für ledige Frauen wird.

Der zurückbesörderte König.

Jüngst wollte der König von Bulgarien — Könige wollen immer — in Badgastein. Eines Tages unternahm er in seinem königlichen Auto einen Ausflug nach Dorfgastein. Aber infolge des Hochwassers war die Straße unpassierbar, und es wurde den Autofahrern bedeutet, daß sie nicht weiterfahren könnten. Da diese nicht hören wollten, kam der Bürgermeister von Dorfgastein herbei und gebot ihnen, zurückzukehren. Der König wollte aber seinen königlichen Willen durchsetzen, und seine Begleiter versuchten den Bürgermeister zum

Nachgeben zu bewegen, indem sie ihm zuflüsterten, daß im Auto Seine Majestät der König von Bulgarien sitze. Das imponierte dem Bürgermeister wenig. Mit den Worten: „Ah, was, das kann bald a jeder Daherg'loffener sagen“, schickte er das Auto unbarmherzig zurück.

Im Zeitalter der fortg'lossenen Majestäten genießen halt auch die daherg'lossenen wenig Respekt.

Hellseherschwindel.

Die Hellseherei hat der Münchener Polizei bei einem jetzt wenigstens zum Teile aufgedeckten Einbruch in einem Juwelierladen viel zu schaffen gemacht. Eine ganze Anzahl männlicher und weiblicher Hellseher bot ihr ihre Dienste zur Auffindung des Täters an. Eine ältere Dame berichtete, im Trancezustand habe sie in einem großen Münchener Hotel einen Amerikaner gesehen, der die gestohlenen Sachen gekauft habe. Sogar die Zimmernummer wußte sie. Es stimmt alles, und der Amerikaner gestand sogar den Ankauf von Perlen ein. Nur stammten sie nicht aus dem Diebstahl. Und die Hellseherin war einige Tage vorher bei ihm gewesen und hatte ihm selbst Perlen zum Kauf angeboten — daher ihre wunderbaren Kenntnisse. Eine andre Hellseherin sah den Dieb in Salzburg und beschrieb ihn ebenfalls bis ins Detail. Leider war in Salzburg nichts von dem Beschriebenen zu entdecken. Mit verblüffender Intuition arbeitete eine dritte. Sie kam in ihrem Trancezustand in die Nähe des ausgeplünderten Juwelierladens. Plötzlich begegnete ihr ein Anstreicher, und da kam ihr der Gedanke, das müsse der Dieb sein. Wenn der Mann in das Haus geht, so entschied sie, dann ist er der Dieb, geht er vorbei, dann ist er's nicht. Der Anstreicher ging vorbei. Aber nach ein paar Schritten blieb er stehen, drehte sich um und ging doch hinein. Triumph! Jetzt war der Dieb entdeckt und wurde sofort angezeigt. Die Polizei stellte allerdings bei der Vernehmung fest, daß es ein braver Mann war, der sich noch nie etwas hatte zuschulden kommen lassen und auch mit dem Juwelierdiebstahl nicht das mindeste zu tun hatte. Aber das sieht dieses moderne und doch so uralte Schwindelgewerbe weiter nicht an. Es wird „Hellseher“ geben, solange es Dumme gibt, in deren Geist es noch dunkel ist.

Aus Welt und Leben.

Explosion im Zentrum Berlins. In der Nähe des Alexanderplatzes, im Keller eines Hauses der Kaiserstraße, ereignete sich eine schwere Explosion, bei der mehrere Personen bedentliche Verletzungen erlitten. In dem Keller befand sich ein größeres Lager von Celluloid. Durch eine plötzliche Explosion geriet der Vorrat in Brand; gleichzeitig wurde durch den Druck eine Tür des Kellers eingedrückt und ein Mann bewußlos auf die Straße geschleudert. Zwei Arbeiter mußten mit schweren Brandwunden nach dem Krankenhaus geschafft werden.

Ein merkwürdiges Verkehrshindernis. Auf der Nebenbahnstrecke Neuburg v. Wald erfuhr, wie der „Frankische Kurier“ berichtet, ein Personenzug aus merkwürdigen Gründen eine halbständige Verpätung. Als der Zug sich auf der Steigung gegen Penting befand, traf er auf freier Strecke auf ein unüberwindliches Hindernis. Von einem an der Strecke liegenden Kraut- und Rübenacker, der gänzlich fahlgestossen war, wälzte sich eine unübersehbare Menge von Raupen in breitem Strome über die Bahngleise. Die Zuglokomotive fuhr in die auf der Wanderung befindlichen Millionen von Raupen hinein, doch mußte der Lokomotivführer nach einiger Zeit seine Bemühungen, vorwärts zu kommen, aufgeben, da die Räder auf den schlüpfrig werdenden Schienen zu schleudern begannen. Nachdem der Zug zurückgefahren war und mit Volldampf auf die kritische Stelle losbrauste, gelang es mit Hilfe von Schienenbesandung, durch den Raupenstrom hindurchzukommen.

Sittlichkeitsapostel mit Salzsäure. Bei der 25. Aufführung des „Fröhlichen Weinberg“ im Salamander-Theater in Elberfeld warfen einige Besucher plötzlich eine Anzahl kleiner Fläschchen mit Salzsäure auf die Bühne, die jedoch niemanden verletzten. Die Polizei nahm 11 Personen fest. 30 weitere, die flüchteten, konnten festgenommen werden, als sie nach Schluß der Vorstellung versuchten, einen Schaupfeiler zu verprügeln.

Menschenhaie im Mittelmeer. Das Baden im Mittelmeer wird gefährlich. Man kann nämlich nicht nur ertrinken, wie im Rhein und in der Weichsel, sondern man kann auch von Haiischen verschluckt werden. Daß sich der gefürchtete Jonashai nicht nur mit kleineren Fischen und sonstiges Wassergetier begnügt, sondern auch sehr gern Menschenfleisch frisst, bewies erst kürzlich ein solcher Menschenhai, indem er bei Massio an der Riviera einen Schwimmer, der sich zu weit vorwagte, vor den Augen des Freundes in die Tiefen zog und auffraß. Nach Wochen erlegte man den Hai, zerstückelte ihn und fand in dessen Innern den Kopf, einen Arm und die Badekleidung des Unglücklichen.

Wird neue Leser für dein Blatt!

Mussolinis „Panthersprung“ nach Tanager.

Englische Zeitungen melden, daß diesen Donnerstag eine spanisch-italienische Flottendemonstration vor Tanager veranstaltet werden soll, woran zwei große italienische Kriegsschiffe und ein spanisches Kriegsschiff teilnehmen würden. Damit soll, wie man annahm, bei den Eingeborenen ebenso wie gegenüber Frankreich und England betont werden, daß Italien die spanischen Ansprüche auf Tanager unterstützt. Die französischen Behörden seien darüber sehr erregt und Frankreich habe bereits in Madrid und Rom Vorstellungen erhoben.

De Rivera will noch bleiben.

Meuternde Generale in den Ruhestand versetzt.

Der spanische Diktator erklärte in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten, daß er mindestens noch drei Jahre am Ruder bleiben müsse. Trozdem versichert die rechtsstehende „Liberte“, aus guter Quelle in Spanien erfahren zu haben, daß in 8 bis 10 Tagen eine völlige politische Umwälzung in Spanien zu erwarten sei.

Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch das neun Artillerie-Generale wegen Teilnahme an der Meuterei in den Ruhestand versetzt werden.

Votales.

Der Lohnkonflikt in der Textilindustrie.

Unser B. Mitarbeiter hatte Unterredungen sowohl mit Vertretern der Arbeiterschaft als auch mit Vertretern der Industrie, die Stellung zu dem Lohnkonflikt nahmen. Walczak, der Vertreter des Klassenverbandes erklärte, daß er aus der Konferenz im Arbeitsministerium den Eindruck gewonnen habe, daß die Industriellen mit allen Mitteln einen Streik provozieren, um auf diese Weise die Kräfte zu messen. Die Industriellen irren jedoch, wenn sie an ihren Sieg glauben. Diesmal werde die Machtprobe zugunsten der Arbeiterschaft ausfallen, denn erstens sei diese auf einen Streik vorbereitet, und zweitens werden sich diesmal dem Streik auch die Meister und Büroangestellten anschließen. Dieser allgemeine Streik werde für die Industriellen eine Situation ohne Ausweg schaffen, so daß sie sich für die Annahme der Forderungen der Arbeiterschaft entschließen werden müssen. Was die Beilegung des Konflikts auf dem Wege eines Schiedsgerichtsverfahrens anbelangt, so werde sich wahrscheinlich die Arbeiterschaft dagegen aussprechen, denn bis jetzt sind bei solch einer Regelung allemal nur die Industriellen gut gefahren. Jedenfalls werde darüber die Versammlung der Fabriksdelegierten zu entscheiden haben. Zum Schluß wies Verbandssekretär Walczak darauf hin, daß, sofern es zu keiner Regelung kommen sollte, sich Ministerpräsident Bartel des Konflikts annehmen und die Berechtigung der Forderungen der Arbeiterschaft anerkennen werde.

Als Vertreter der Industriellen erklärte Ing. Kumpel, daß von einer Lohnerhöhung keine Rede sein könne. Jede Lohnzulage verteuere die Produktion. Durch eine Verteuerung der Produktion aber werde die Lodzer Industrie konkurrenzunfähig. Die Vertreter der Arbeiterverbände erklärten, daß augenblicklich eine gute Konjunktur herrsche und es den Industriellen aus diesem Grunde nicht schwer fallen dürfte, die 15 prozentige Lohnzulage zu gewähren. Die Arbeitervertreter vergaßen, daß sie durch diese Lohnforderung die Konjunktur wieder zerstören, so daß die Industrie, falls eine Zulage bewilligt werden sollte, wieder zur Einschränkung der Arbeitstage schreiten müßte. Um aber der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, mehr zu verdienen, haben die Industriellen dem Arbeitsministerium den Vorschlag gemacht, die Arbeitszeit legal auf 9 Stunden täglich zu erhöhen.

Aus dieser Erklärung ist ersichtlich, daß die Industriellen die löbliche Absicht haben, den 9-Stundentag auf legale Weise einzuführen. An Begründungen für die Verlängerung der Arbeitszeit fehlt es den Industriellen nicht. Doch wie hoch auf die Notlage der Arbeiterschaft klingt es, wenn man ihnen die Möglichkeit geben will mehr zu verdienen, indem sie dafür mehr schuften. So schön sich die Industriellen die Sache auch ausgedeutet haben, so steht es fest, daß diese Machinationen auf den heftigsten Widerstand der gesamten Arbeiterschaft stoßen werden.

Beratungen in den Verbänden.

u. Heute abend finden in allen drei Verbänden, dem Klassenverbande, der Christlichen Gewerkschaft und dem Polnischen Verbände Versammlungen der Delegierten und der Vertrauensmänner statt, in denen die Verbandsvertreter die Ergebnisse der bisherigen Konferenzen mit den Industriellen zur allgemeinen Kenntnis bringen werden. In den Versammlungen sollen alle Wünsche der Arbeiter besprochen werden und die Versammelten sollen sich darüber aussprechen, ob sie einverstanden sind, unter den bisherigen Bedingungen weiterzuarbeiten oder ob sie in einen Streik treten wollen. An den Versammlungen werden auch einige Abgeordnete der Arbeiterparteien teilnehmen. Die eventuelle Proklamierung eines Streiks ist für den 1. Oktober vorgesehen.

Kaufe einstöckiges Fabrikgebäude

kanalisiert, mit Wasser und elektrischem Strom.
Bevorzugt sind Gebäude mit Kellerräumen.

Offerten unter „S. D.“ sind an die Expedition der „Lodzer Volkszeitung“ zu richten.

e. Verlängerung der Unterstützungsaktion für Arbeitslose auf den Monat November.

Vorgestern wurde in der Verwaltungssitzung des Arbeitslosenfonds beschlossen, die Verlängerung der Unterstützungsaktion auf den November für folgende Städte zu beantragen: Lodz, Alexandrow, Zgierz, Pabianice, Ozorkow, Ruda-Pabianicka, Zdunsta-Wola, Tomaszow und Konstantynow.

e. Der Arbeitslosenfonds schlägt zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit öffentliche Arbeiten vor.

Die Verwaltung des Arbeitslosenfonds hat über die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Lodzer Bezirk einen umfangreichen Bericht nach Warschau gesandt. Danach wurde in der letzten Zeit in der Lodzer Großindustrie 6 Tage in der Woche gearbeitet. Die mittlere Industrie ist mit wenigen Ausnahmen fast ganz in Betrieb. Nach der Ansicht der Verwaltung des Arbeitslosenfonds ist eine Hilfe seitens der Regierung für die Industrie unbedingt notwendig, um die eroberten Absatzgebiete erhalten zu können. Die vollständige Inbetriebsetzung der hiesigen Industrie würde die Arbeitslosigkeit aber nicht ganz beseitigen. Für 10 000 Arbeiter müßte eine neue Beschäftigung gefunden werden. Die Unterstützungsaktion müßte stufenweise liquidiert werden und schließlich müßten die letzten Arbeitslosen statt einer Unterstützung Beschäftigung bei Bauarbeiten finden. Der größte Teil der Arbeitslosen könnte bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigung finden.

o. Organisation der Kleinkaufmannschaft.

In der Andrzejastraße 1 fand vorgestern eine Versammlung der Kleinkäufer statt, die sich zu einer Organisation unter dem Namen „Erste Lodzer Vereinigung der Detaillisten der Lodzer Wojewodschaft“ zusammenschlossen. Der Zweck der Vereinigung ist, gemeinsam gegen den drohenden Verfall der Kleinkaufmannschaft anzukämpfen.

o. Der Lodzer Wojewode Jaszczolt begibt sich in den ersten Tagen des Oktober nach Warschau zur Wojewodenzusammenkunft, bei welcher der Reorganisationsplan der Wojewodschaftsadministrationen zur Besprechung gelangen soll.

Anmeldung von Angestelltenvakanz beim Arbeitsvermittlungsamt. Das Arbeitsministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach die Industriellen leere sowie neubesetzte Angestelltenposten dem Arbeitsvermittlungsamt zu melden haben. Die Anmeldung kann mündlich, telephonisch oder schriftlich vorgenommen werden.

o. Die Friseur wollen länger arbeiten. Die Friseure haben beschlossen, sich darum zu bemühen, daß es ihnen gestattet sein soll, an den gewöhnlichen Wochentagen 12 Stunden, an den Sonnabend 14 und an Sonn- und Feiertagen 3 Stunden lang ihre Geschäfte offen zu halten.

Registrierung des Jahrganges 1908. Heute, um 8 Uhr früh, haben sich im Registrierungslokale in der Traugutta 10 alle diejenigen Männer des Jahrganges 1908 zu stellen, deren Namen mit dem Buchstaben M beginnen.

b. Der Einstellungstermin für Freiwillige verlängert. Der Termin für die Annahme von Freiwilligen der Jahrgänge 1907, 1908 und 1909 ist zum 15. Februar 1927 verlängert worden. Außerdem wird im März 1927 auf besonderes Gesuch hin eine beschränkte Anzahl überzähliger Rekruten des Jahrganges 1903 in den aktiven Militärdienst eingestellt werden.

Das goldene Ehejubiläum feiert am 29. September der Webergeselle, Gustav Schneider, mit seiner Ehegattin Julianne geb. Schäfer. — Auch wir gratulieren.

p. Die neuen Kohlenpreise. Wie bereits gemeldet, wollten die Kohlenhändler neue Preislisten dem Kommissariat zugehen lassen. Wie wir nun hierzu erfahren, wurden dieselben bereits eingereicht. Nach dieser Preisliste lauten die Kohlenpreise wie folgt: Auf dem Güterbahnhof engros 100 Rg. 4,40 Zloty, aus den Kohlengruben „Modrzew“ und „Floran“ 4,52 Zloty, „Juliusz“ und „Kazimierz“ 4,60 Zloty. Ab Kohlenlager Pl. 5,10, „Modrzew“ und „Floran“ Pl. 5,22, „Kazimierz“ und „Juliusz“ 5,30 Pl., in den Läden für 25 Rg. 1,55 Zloty.

Der Rückgang der polnischen Gesamtausfuhr beträgt im ersten Halbjahr 1926 etwa 9 Prozent. Im ersten Halbjahr 1926 waren ausgeführt im Werte von 574 517 000 Goldzloty, gegenüber 630 117 000 Goldzloty im ersten Halbjahr 1925.

Am Scheinwerfer.

Polnisches, allzu polnisches.

Kürzlich brachte der „Kurjer Ilustrowany“ die Nachricht, daß die Eisenbahnverbindungen von Warschau nach Krakau schlechter werden sollen. Weil der Herr Eisenbahnminister zu der Überzeugung kam, daß die vielen Züge sich nicht bezahlen machen auf dieser Strecke. Daß wir in Oberschlesien zwischen den großen Industrieorten eine ganz miserable Verbindung haben, weiß jeder, der nur einmal von Kattowitz nach Beuthen fuhr und die Staatsbahn benutzte. Aber der gute Bürger fügt sich ins Unvermeidliche. Wenn spaten, dann eben auch am Dampf und am rollenden Material.

Singegen lesen wir freilich mit Befremden, daß der frühere Präsident Wojciechowski sich einen Extrazug hat bauen lassen wollen. Einen wunderbaren Hofzug mit allen Schikanen der Neuzeit. Ob der fertig wurde, das ist freilich Geheimnis geblieben. Die Vorschläge waren jedenfalls schon heraus, und auch die Zeichnungen. Ein Spaß, der immerhin auch einige tausend Zloty gekostet haben muß. Die wiederum auf das Konto „Verkehr“ gebucht werden. Und dann lesen wir kürzlich, daß der Ministerpräsident Bartel sich an das Eisenbahnministerium gewandt habe mit der Bitte, die Fahrtdauer des Schnellzuges Warschau—Lemberg zu verkürzen. Weil er, der Ministerpräsident, so nebenbei noch immer Professor ist am dortigen Polytechnikum und dort Vorlesungen hält. Und damit der Herr Professor Bartel rechtzeitig und schnell nach Lemberg kommt, soll in Kürze die Strecke Warschau—Lemberg vollständig umgebaut werden. Die Holzschwellen werden durch eiserne ersetzt, damit der Zug die nötige Geschwindigkeit entwickeln kann, die zur Beförderung des Herrn Bartel notwendig zu sein scheint. Damit aber jeder Minister etwas kriegt, will man einen neuen Schnellzug einlegen zwischen Warschau und Brzesć um den Innenminister rascher nach Hause zu bringen.

Und jetzt eben flüstert man sich, schreibt die „Katt. Ztg.“ in den Wandelgängen des hohen Warschauer Sejm folgende Geschichte zu:

Da wäre der neue Eisenbahnminister kürzlich nach Przemysl gekommen. Nachdem er seine Ankunft vorher signalisiert hatte, selbstverständlich. Und eben so selbstverständlich erwarteten ihn die hohen Behörden auf dem Bahnhofe. Er kam aber im Auto von Warschau, weil das scheinbar billiger ist. Allerdings, sehr guter Laune war er nicht, und er beschwerte sich bitterlich über die schlechten Wege in der Wojewodschaft. Und außerdem hatte er einen ganz gewaltigen Hunger. Den wollte er natürlich stillen. Dann aber wollte er auch mit dem Schnellzuge weiterfahren, der schon in fünf Minuten abfahren sollte vom Bahnhof Przemysl. Und er verlangte von den anwesenden Eisenbahndirektionsbeamten, sie sollten den Schnellzug auf eine Stunde festhalten in der Station, damit er erst in Ruhe essen und dann mitfahren könnte.

Das war natürlich eine ganz unmögliche Sache. So ein Schnellzug, der eine Stunde im Bahnhof stehen soll, behindert natürlich den ganzen Verkehr. Und die Herren Beamten hatten den Mut, dem Minister die Unmöglichkeit seiner Forderung vorzustellen. Worauf der hohe Herr hinwiederum sehr ungnädig wurde und betonte, daß er unbedingt essen müsse. Allerdings müsse er auch ebenso unbedingt gerade mit diesem Schnellzuge mit. Ein gordischer Knoten!

Und es fand sich der Alexander, der ihn durchhieb. Ein simpler kleiner Beamter stand daneben. Und als er hörte, was hier zusammenzubringen war, meinte er, man könne doch das Mittagessen des Herrn Ministers in den Zug hineinbringen lassen und einen Kellner dazu stecken. Und der Kellner müsse eben mitfahren mit dem Schnellzuge, bis der Minister gegessen habe. Und dann könne er ja wieder zurückfahren nach Przemysl mit den leer gesuterten Tellern und den ausgegaugten Butteln.

Also geschah es auch. Und so war der Staat wieder einmal gerettet.

Es ist einfach fabelhaft, wie wir Verkehrsfragen lösen!

Spende. Das Missionskränzchen der St. Trinitatis-Gemeinde spendete aus Anlaß seines 22. Stiftungsfestes 400 Zloty für die lutherische Hermannsbürger Heidenmission. Besten Dank. Pastor G. Schöbler.

Lodz erhält Flugverbindung. Am 1. Oktober wird unsere Stadt mit in das Flugliniennetz Polens eingeschaltet werden.

e. Anmeldung der Zuckervorräte. Von heute ab ist eine Zuckerkontrolle eingeführt worden. Wer einen Vorrat von mehr als 100 Kilogramm Zucker besitzt, ist verpflichtet, diesen bei der Steuerkontrollabteilung anzumelden.

h. Es ist verboten, eigenmächtig Gaslampen abzunehmen. Unlängst ereignete sich der Fall, daß der Angestellte eines elektrotechnischen Büros in einer Wohnung eine Gaslampe entfernte.

i. Banditenfang. Vor einiger Zeit wurden in der Nähe von Krzyzwka drei Lodzer Kaufleute von drei Banditen überfallen und beraubt.

k. Ein Unmensch. Franciszka Zieleniewska von der Roticiner Straße 74 meldete der Polizei, daß ihr Mann, Adam, der ein großer Trinker sei, versucht habe, ihre 20jährige Tochter zu vergewaltigen.

l. Diebstahl. In der Fabrik von Belme und Comp., Bulczaniskastraße 241 wurden Waren im Werte von ungefähr 9300 Zloty gestohlen.

m. Totes Kind gefunden. In der Kammer der Wohnung des Jan Parczowski, Lipowa 31, wurde ein erschlagenes Kind von etwa 6 Monaten vorgefunden.

n. Zur Diebstahl- und nachlässige Ausführung militärischer Befehle. Vorgefunden hat das hiesige Militärbezirksgericht in der Anklage gegen den Soldaten Panikow verhandelt.

Aus dem Reiche.

Alexandrow. Erste Sitzung des neu gewählten Stadtrats. Die Sitzung des neu gewählten Stadtrats wurde von Pfisterer eröffnet.

strats, so wurde nach einer kurzen Aussprache sofort zu den Wahlen geschritten. Gewählt wurden: zum Bürgermeister Marjan Andrzejak von der P. P. S., zum Vizebürgermeister Josef Huf von der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei.

Zyrardow. Nach 10-wöchiger Stilllegung sind drei Abteilungen der Zyrardower Werke wieder in Betrieb gesetzt worden. Daburch erhalten gegen 700 Arbeiter Beschäftigung.

90000 Zloty für die Arbeitslosen. Das Arbeitsministerium hat dem Magistrat 90000 Zl. für die Arbeitslosen zur Verfügung gestellt.

i. Dublin. Für Landesverrat verurteilt. Kosteł Czepek wurde im Jahre 1915 von den Russen mit seinen Eltern nach Rußland verschickt.

Kadom. 5 Banditengefangen — der Führer entkommen. Am Sonntag wollte eine Räuberbande, die unter der Führung des bekannten, lange gesuchten Wictor Zielinski steht, einen Ueberfall auf einen wohlhabenden Landwirt im Dorfe Kadlubel ausführen.

Kattowitz. Verurteilung eines diebischen Bürgermeisters. Vor dem Verwaltungsgericht der Kattowitzer Wojewodschaft hatte sich dieser Tage der Myslowitzer Bürgermeister Dr. Jan Radwaniski zu verantworten.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens

Lodz-Zentrum. Gesangaktion! Heute, Mittwoch, den 29. September, um 8.30 Uhr abends, findet in der Verwaltungshaus Nr. 17 die Vorstandssitzung statt.

Heute, Mittwoch, den 29. September, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokale, Zamenhoffstraße Nr. 17, die ordentliche Vorstandssitzung statt.

Ortsgruppe Nord, Reiterstraße Nr. 13. Donnerstag, den 30. September, um 7 Uhr abends, findet eine ordentliche Sitzung des Vorstandes statt.

Jugendbund der D. S. A. P.

Lodz-Zentrum. Aktion, Vorstandssitzung! Heute, Mittwoch, den 29. September, 8 Uhr abends, findet im Parteilokale, Zamenhoffstraße Nr. 17, die ordentliche Vorstandssitzung statt.

Neuanmeldungen von Mitgliedern in den Jugendbund finden Montags bei der Gesangsübung, Petrilauer Straße Nr. 73, statt.

Ortsgruppe Nord, Reiterstraße Nr. 13. Freitag, dem 1. Oktober, pünktlich um 1/8 Uhr, findet eine außergewöhnliche Vorstandssitzung statt.

Der Jugendbund der D. S. A. P., Ortsgruppe Siera, veranstaltet am Sonnabend, den 2. Oktober, um 8 Uhr abends, im Saale des Kirchenmännergesangsvereins „Concordia“, Siednia Nr. 35, einen Unterhaltungsabend.

Warschauer Börse.

Table with 3 columns: Dollar, 8.97, and exchange rates for 24. September and 28. September for various cities like Belgium, Holland, London, etc.

Auslandsnotierungen des Zloty.

Table with 2 columns: City and Zloty value per 100 Zloty, including London, Zurich, Berlin, etc.

Der Dollar in Lodz 9,03.

Der Dollar wurde gestern auf der schwarzen Börse mit 9,03 9,04 gehandelt.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. L. Kal. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrilauerstraße 109

Turnverein „Eiche“

Sonnabend, den 2. Oktober d. J., um 8 Uhr abends, findet im eigenen Saale, Alexandrowkast. 128, das

17jährige Stiftungsfest

verbunden mit dramatischen und vielen anderen Darbietungen statt. Die gesch. Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins sind herzlic. willkommen.

NB Gleichzeitig machen wir bekannt, daß am Sonnabend, den 9. Oktober d. J., die

ordentliche Generalversammlung

im 1. Termin um 7 Uhr und im 2. Termin um 8 Uhr abends, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder, stattfindet.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht daher die Verwaltung.

Zeńskie Gimnazjum Humanistyczne

„KULTURA“

Piotrkowska 85 (Al. Kościuszki 28)

Egzaminy do kl. IV, V i VI 1-go i 4-go października r. b.

Opłata za naukę 25 zł. miesięcznie

Szkoła mieści się we własnym komfortowym budynku i jest zaopatrzona we wszystkie najnowsze pomoce naukowe.

Advertisement for Wilhelm Starnel, celebrating his 25th wedding anniversary, with family from Baden-Baden.

Advertisement for Kirchengesangverein „Neol“ church choir, meeting on Sunday, October 3rd.

Advertisement for Dr. med. R. Stupel, offering medical consultations in the evening.

Advertisement for Büromöbel (office furniture) for sale or rental, located at Petrilauer Straße Nr. 6.

Advertisement for Zahnarzt H. SAURER (dentist), accepting patients from 10-1 and 3-7.

Advertisement for Lodz Turnverein „Kraft“ (gym) and Ortsgruppe Lodz-Nord, including details for a shooting competition.